

Viele verlieren! Wer gewinnt?

Aus für ver.di-Jugendbildungsstätte Berlin-Konradshöhe

Von Uli Dalibor

Nach über 57 Jahren erfolgreicher Arbeit, die nicht nur in Berlin von Kennern der Materie sehr geschätzt wird, schließt die ver.di-Jugendbildungsstätte Berlin-Konradshöhe e.V. ihre Türen Ende März für immer. Der ver.di-Bundesvorstand hat beschlossen, den Mietvertrag durch die Vermögensverwaltung der Gewerkschaft kündigen zu lassen.



ver.di-Jugendbildungsstätte in exklusiver Lage direkt an der Havel. ver.di will das zu Geld machen und das Grundstück verkaufen. Zu welchem Preis?

Bilderbuchszene

40 junge junge Frauen und Männer aus aller Welt, Gewerkschaftsmitglieder, an einem Tisch. In ihrem Land sind sie im Handel beschäftigt und setzen sich dort für die Verbesserung ihrer Lebens- und Arbeitsbedingungen ein. Nicht alle von ihnen sprechen perfektes Englisch, sie verständigen sich trotzdem. Es kommt darauf an, dass sie in dieser Woche im September 2016 eine gemeinsame Vision einer besseren Arbeitswelt im Einzelhandel entwickeln. Die werden sie in der UNI-Welt-Handelskonferenz im Juni 2017 in Berlin vortragen.

Bilderbuchwetter

Der September 2016 zeigt sich von seiner besten Seite. Die Sonne scheint „rund um die Uhr“. Die jungen Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter sitzen bis tief in die Nacht vor der ver.di-Jugendbildungsstätte. Sie klönen, spielen Klampfe am Lagerfeuer und kommen sich näher. Sie schwärmen heute noch von dieser Woche: von Berlin, vom Wetter, von den Ergebnissen der inhaltlichen Arbeit und von der Location an der Havel. Zu sehen sind diese Schwärmereien auf der von UNI Globalunion gebauten Facebook-Seite „UNI Commerce Global Youth Camp“.

Geschichte der Bildungsstätte

Die Jugendbildungsstätte begann ihre Arbeit als Begegnungsstätte für junge Leute aus Ost und West. Willy Brandt, damals regierender Bürgermeister von Berlin, hatte dafür im Juni 1959 den Grundstein gelegt. Nach dem Bau der Mauer im Jahr 1961 änderte sich die Ausrichtung der Arbeit. Mehr und mehr rückte die Jugendbildungsarbeit in den Mittelpunkt. Die Berliner Sozialdemokraten hatten gerade ein Bildungsurlaubsgesetz für junge Menschen verabschiedet. Die Konradshöhe bot nun gewerkschaftliche Jugendbildungsarbeit und Maßnahmen der Jugendpflege an. So sollten junge Menschen ihre Rollen in unserer Gesellschaft, im Arbeitsleben, in der Politik finden. Schon in den achtziger Jahren wurden Seminare wie „Gewerkschaftsarbeit im Betrieb/Mein Recht im Beruf“, „Drogen und die gesellschaftspolitischen Aspekte“,

„Energie, gehen bald die Lichter aus?“ angeboten. Diese Veranstaltungen wurden stets gemeinsam, von Gewerkschaft (damals war das die DAG) und der Jugendbildungsstätte, geplant und durchgeführt. Mit Info-Ständen vor den Berufsschulen wurde für die Teilnahme an den Bildungsurlaubsveranstaltungen und besonders um Gewerkschaftsmitglieder geworben. Die Lehrerinnen und Lehrer vieler Berufsschulen waren offen für die Zusammenarbeit mit der Gewerkschaftsjugend, und so manche Berufsschulstunde wurde gemeinsam mit Vertreterinnen und Vertretern der Jugendbildungsstätte gestaltet. Berufsschulklassen machten gerne eine Woche Bildungsurlaub in „KH“, wie die Jugendbildungsstätte oft abgekürzt genannt wird.

Bauliche Verbesserungen waren immer mal nötig

In einem großen Umbau Mitte der achtziger Jahre wurden alle Zimmer mit Bädern ausgestattet. Die Gemeinschaftsduschen im „Souterrain“ konnten stillgelegt werden. Der Seminartrakt wurde ausgebaut. Das ging nicht reibungslos. Viel Geld musste aufgebracht werden, das sich die DAG nicht leisten wollte. Es reichte auch nicht, dass der DAG-Bundesjugendleiter

Fortsetzung auf Seite 2



8. MÄRZ – FRAUEN*KAMPFTAG

Mittwoch, 8. März Frauentag in Berlin
Demonstration: 18:00 Uhr ab Hermannplatz
Abschlußkundgebung: 20:00 Uhr Oranienplatz

Fortsetzung von Seite 1

Rudolf Helfrich aus Lottomitteln Zuschüsse eingeworben hatte. Ein Teil des wundervollen Grundstücks wurde abgetrennt und verkauft, um die notwendigen Eigenmittel zur aufzubringen.

Es ist auch noch nicht lange her, da investierte ver.di über seine Vermögensverwaltung noch mal rund 400.000 Euro in Umbauten und Modernisierungen. Die wurden im Jahr 2013 abgeschlossen. Ein externes Gutachten hatte zuvor im Jahr 2011 einen Gesamtbedarf der Investitionen von 780.000 Euro bescheinigt. Von einem Abriss war darin nicht die Rede.

Bildungsarbeit in der jungen Vergangenheit

Mittel der öffentlichen Hand, des Jugendsenats an den Trägerverein der Jugendbildungsstätte. 180.000 Euro wurden eingesetzt, um Jahr für Jahr rund 1.000 junge Leute an das Arbeitsleben heranzuführen, ihnen die Rechte im Beruf zu vermitteln. Jugend- und Auszubildendenvertretungen aus dem Öffentlichen Dienst und der Wirtschaft wurde fit gemacht für ihre verantwortungsvolle Aufgabe. Jugendlichen MigrantInnen ins KH und lernten ihre Not auszudrücken – ein Schritt um hier in Deutschland anzukommen. Dabei wurde vor allem die Medienkompetenz der Jugendbildungsstätte wichtig. Fotostories, Comics und Videos gaben den jungen Leuten aus aller Welt die Chance, sich zu artikulieren. (Querköpfe berichteten, 1/2016). Das Bezirksamt Reinickendorf von Berlin betraute die Jugendbildungsstätte Konradshöhe damit, ein Register für rechtsextrem motivierte und diskriminierende Vorfälle aufzubauen und zu betreuen. Die Gründe für ein derartiges Register liegen auf der Hand. Ausländerfeindlichkeit und Rassismus dürfen in unserer Gesellschaft nicht weiter um sich greifen. Das Erstarken von rechtsextremen Gruppierungen macht es notwendig, sich damit auseinanderzusetzen, es nicht zu verschweigen. Welche Einrichtung wäre besser dafür geeignet als eine Jugendbildungsstätte? Wir brauchen mehr, nicht weniger Jugendbildungsarbeit! Und jeder junge Mensch, der einmal in KH war, weiss, dass er bei ver.di, zu Gast war. Die erste Schwelle Richtung Gewerkschaft war überschritten!

Kommentar

Von Uli Dalibor

Warum nun das Ende? Lief immer alles super in Konradshöhe? Nein, sicher nicht. Mehrbettzimmer ohne Fernseher mussten mit beinahe Luxus-Hotelangeboten konkurrieren, in denen Jugend- und AuszubildendenvertreterInnen von Profi-Trägern geschult werden. Manche maulten über das Essen, das von MitarbeiterInnen in der eigenen Küche zubereitet wurde und das nicht immer allen schmeckte. Gibt es eine Kantine in der Republik, wo das anders ist? Hin und wieder wurde der raue Ton, der barsche Umgang der Hausverantwortlichen mit TeilnehmerInnen oder Teamern moniert ... Schließt man deshalb (s)eine Jugendbildungsstätte? Mitnichten!

Warum nun das Ende? ver.di-Verantwortliche suchen die Schuld beim Trägerverein: „er hatte einfach das Ende verkündet, hat nicht die Alternative bei der AWO die ‚Pumpe‘ angenommen!“ Stimmt, es hatte aber auch niemand von ver.di auch nur einen Blick auf die angebliche „Alternative“ geworfen. Es war keine! Dass das Haus „baufällig“ sei, ist hinlänglich als falsch entlarvt. Dass in KH keine ver.di-Arbeit gemacht wurde, ist – wenn es denn wahr wäre – ein Armutszeugnis für ver.di. Einflussmöglichkeiten haben zu jeder Zeit bestanden, man hat sich wohl nur nicht gekümmert! Ein weiterer Vorwurf: Es wurden nicht genügend ver.di-Mitglieder geworben... Geht es denn der gesamten Organisation nicht ebenfalls so, gerade unter Jugendlichen? Zu teuer! Quatsch, die 100.000 Euro Mietzuschuss aus dem Bundesbildungsetat (linke Tasche) flossen direkt zur ver.di-Vermögensverwaltung (rechte Tasche).

Warum nun das Ende? Die ver.di-Pressenabteilung verweist JournalistInnen darauf, dass die Vermögensverwaltung gekündigt hätte, nicht die Gewerkschaft! Die Vermögensverwaltung gibt „grundsätzlich keine Auskunft zu Grundstücksangelegenheiten“... Da wäre es gut, wenn es gelingen könnte, den Schwarzen Peter woanders



Der Gewerkschaftsrat, das höchste Entscheidungsgremium zwischen den Gewerkschaftstagen, tagte im Februar 2011 in ver.di-Jugendbildungsstätte. Wer hätte damals gedacht, dass der heute amtierende Gewerkschaftsrat die Bildungsstätte schließen wird und die dort Beschäftigten auf die Straße setzt. Heute wird zumindest von der ver.di-Vermögensverwaltung bestritten, dass es sich um eine ver.di-Bildungsstätte handele. Nur das Grundstück würde ver.di gehören



Und dann die Polizei im Gewerkschaftshaus

Ein Kommentar von Peter Asmussen

Zugegeben, es waren nur drei. Drei Polizisten, die Hausrecht von ver.di durchsetzen sollten. Sie sahen nicht so aus, als ob sie über diesen Einsatz erfreut wären. Trotzdem, es waren drei zuviel.

Die Jugendlichen protestierten friedlich gegen die Schließung der ver.di-Jugendbildungsstätte Konradshöhe. „Wir sind hier, wir sind laut, weil man uns die Bildung klaut!“, riefen sie. Zugegeben, es war laut. Es war allerdings in keinem Moment Gefahr in Verzug, der den Polizeieinsatz gerechtfertigt hätte.

Die Jugendlichen kamen vom ver.di-Jugendbildungszentrum. Und wie in gewerkschaftlichen Bildungszentren üblich, werden sie hier ermutigt, sich nicht alles gefallen zu lassen, sich selbst um die eigenen Rechte zu kümmern und auf die eigene Kraft zu vertrauen. Zum Gespräch mit

den Protestierenden kamen immerhin zwei Hauptamtliche. Andere, die in die Mittagspause gingen, würdigten die protestierenden Jugendlichen mit keinem Blick. ver.di demonstrierte Desinteresse an diesen Jugendlichen? Hoffentlich wude das von ihnen nicht als Lektion verstanden.

Für mich als Gewerkschaftsmitglied, das 50 Jahre der Organisation angehört und an vielen Streiks in der Druckindustrie beteiligt war, in der die Polizei Streikbrechern mit Gewalt den Weg freimachte, ein absolutes Unding. Zugegeben, das war noch in der alten IG Druck und Papier und/oder IG Medien. Gewerkschaftliche Bildung wurde groß geschrieben. Ohne sie wäre ich heute nicht mehr Gewerkschafter.

Ob Vorsitzende wie Leonhard Mahlein oder Detlef Hensche Polizei im Gewerkschaftshaus zugelassen hätten! Ich meine, nein!

Wieviel Tageszeitungen verträgt Berlin?

Betrachtung von Wolfhard Besser

Seit einiger Zeit stellt sich in der Hauptstadt im Zusammenhang mit der Umstrukturierung des Berliner Verlages die Frage: Sind drei regionale Tageszeitungen für Berlin nicht eine zu viel?

Ein Blick auf die Auflagenhöhe macht dies deutlich. Die Abonnements und der tägliche Freiverkauf nehmen kontinuierlich ab. Jahr für Jahr im Schnitt 5 Prozent. Die älteren Zeitungsleser werden weniger und weniger; die junge Generation bevorzugt die modernen elektronischen Medien als Informationsquelle - ist das Zeitunglesen gar nicht mehr gewohnt. Von acht Mietparteien in meinem Wohnhaus, vorwiegend im jüngeren und mittleren Alter, bin ich der einzige Haushalt mit Zeitungsabonnement. In den S- und U-Bahnen lesen frühmorgens immer weniger Fahrgäste eine Zeitung; starren auf ihre Smart-Phons oder haben sich schon vorher in TV-Morgenmagazinen informieren lassen. Zeitunglesen ist out!

Die Berliner Tageszeitungen verzeichnen pro Tag eine Auflage von nunmehr etwa je 100.000 Exemplaren; die Boulevard-Blätter BILD, Berliner Kurier und BZ sind ja eine eigene Kategorie. Günstiger sieht es im Land Brandenburg aus bei der Märkischen Allgemeinen, der Märkischen Oderzeitung und der Lausitzer Rundschau mit je etwa 200.000 täglicher Auflagenhöhe. Aber auch sie beklagen einen großen Leserschwund, wie alle Zeitungen in der Bundesrepublik.

All dies ist bedrohlich für das Zeitungsgewerbe. Die Einnahmen gehen zurück, die Kosten steigen. Gefährdet sind dadurch hunderte von Arbeitsplätzen in den Druckereien und Redaktionen. Nicht nur bei der Berliner Zeitung ist zu sehen, welche Schlussfolgerungen der jeweilige Mutterkonzern aus der Misere zieht. Während im Land Brandenburg die regionalen Tageszeitungen derzeit fast keine Konkurrenz zu befürchten haben, weil keine anderen auf dem Markt sind; außer die einschlägigen Boulevard-Blätter, die aber auch unter Leserschwund leiden. Da ist die Situation in der Hauptstadt schon eine andere. Und so steht die Frage im Raum: Ist es überhaupt möglich,

zwei Berliner regionale Tageszeitungen zu einer zu vereinen? NEIN! - möchte ich meinen. Im ehemaligen West-Berlin werden vor allem Berliner Morgenpost und der Tagesspiegel bevorzugt; im Osten Berlins liest man vor allem die Berliner Zeitung. Traditionen halten sich fest; zumal die Zeitungen in Ost und West am ehesten das Lebensgefühl der jeweiligen Bevölkerung widerzuspiegeln verstehen. Die Berliner Zeitung wirbt mit der Feststellung, sie sei die reichweitenstärkste Abo-Zeitung mit täglich 328.000 Lesern. Trotzdem beträgt die Tagesauflage nach letzten Veröffentlichungen nur noch 101.000 Druckexemplaren. Und dann gibt es noch das Neue Deutschland und die TAZ, die vorwiegend von einem speziellen Leserkreis bezogen werden. Beide Blätter haben einen Berlin-Teil. Die überregionalen Tageszeitungen DIE WELT und „junge welt“ sind nicht auf das regionale Hauptstadtgeschehen orientiert.

Was also machen? Noch mehr Kooperation, wie sie schon von der DuMont Mediengruppe mit einer Zentralredaktion praktiziert wird und gleich mehrere Zeitungen versorgt? Weitere Preiserhöhungen, um die stetig steigenden Kosten zu decken? Alles läuft darauf hinaus. Einher geht dieser Prozess mit Personalabbau, wie beim Berliner Verlag jüngst geschehen. Keine rosigen Aussichten, auch wenn die Tageszeitungen versuchen, Leser über die neuen Medien zu gewinnen - durch ABO plus und andere Vergünstigungen sowie erweiterten Regionalteil oder per Tablet schon ab 20 Uhr des Vortages die Ausgabe von Morgen lesen zu können. Allerdings - der geübte Zeitungsleser möchte schon seine gedruckte Zeitung in den Händen halten. Diese Tradition wird sicher auch trotz aller Missliebigkeiten erhalten bleiben, aber zu welchem Preis? Eine jüngere Analyse besagt: Zufrieden können die Zeitungen sein, die pro Jahr weniger als drei Prozent ihrer Käufer verlieren. Die Berliner Tageszeitungen liegen weit über sechs Prozent. Im übrigen ist es kaum vorstellbar, dass sich eine der genannten Zeitungen mit einer anderen zu einem neuen Printergebnis vereinen würden. Gruselig wäre, wenn sich Berliner Zeitung und der Kurier zu einer Ausgabe vereinen würden. Aber man sollte nie NIE sagen.

Kommentar

SPD-Kanzlerkandidat Sieger im „ARD-Deutschland-Trend“

Hoffnungsträger Schulz

Von Uli Gellermann

Durch alle Kanäle lief in der zweiten Februarhälfte der „ARD-Deutschland-Trend“. Und der sieht den Kanzlerkandidaten der SPD als Sieger im Vergleich zur amtierenden Kanzlerin: 50 Prozent der Befragten hätten bei einer Direktwahl lieber Martin Schulz als Kanzler. Nur 34 Prozent möchten noch ein paar Jahre Merkel absitzen. Noch schöner für die SPD erscheint die Antwort auf die Frage, wer denn die nächste Regierung führen soll: Sagen doch 50 Prozent, das mache die SPD besser als die CDU, der diese führende Rolle nur noch von 39 Prozent zugetraut wird. Das sagt natürlich nur wenig über das reale Wahlverhalten der Deutschen im September, am Tag der Bundestagswahl. Aber es ist die interessante Momentaufnahme einer Wechselstimmung.



Uli Gellermann

Gern wird die Qualität der Befragungsergebnisse bezweifelt. Aber die Ergebnisse weichen, das ist zum Beispiel bei den Wahlprognosen sichtbar, nur wenig von den tatsächlichen Stimmungen ab. Die Manipulation liegt in den Fragen: Welche werden nicht gestellt? Und wie werden sie gestellt? Zum Beispiel ist eine Frage wie „Soll Deutschland sich an einem Krieg in der Ukraine beteiligen?“ nie gestellt worden obwohl die Gefahr groß war. Und eine Frage nach dem Bundeswehr-Einsatz in Mali stellte bisher auch keiner. Auch so eine simple Frage wie „Sollen deutsche Soldaten in Afghanistan fürs Brunnenbohren sterben?“ wurde sicherheitshalber nie erhoben. Aber die Fragen zu Schulz-Merkel bieten kaum Möglichkeiten der Fälschung.

Interessant im aktuellen Deutschland-Trend ist ein scheinbares Nebenthema: 65 Prozent der Befragten halten es für richtig, wenn Arbeitslose – wie von Schulz bei einer SPD-Konferenz vorgeschlagen – länger Arbeitslosengeld – bekommen, damit sie nicht in Hartz IV landen. Sogar 67 Prozent finden es auch richtig, dass zeitlich befristete Arbeitsverträge nur noch bei sachlichen Gründen möglich sein sollen. Diese unpräzisen Vorschläge von Schulz sind jene Morgenluft, die dem SPD-Kanzlerkandidaten den Aufwind verschaffen. Die Wünsche der Deutschen werden in den Hartz-Vier-Umfrage-Ergebnissen deutlicher als in den anderen Antworten: Sie wünschen sich einen Wechsel zwecks „sozialer Gerechtigkeit“.

Was macht die größte Oppositionspartei im Bundestag aus dieser spannenden Momentaufnahme? Nimmt Die LINKE die SPD beim Wort? Und sei es auch nur, um die Ernsthaftigkeit der Sozialdemokratie öffentlich zu testen. Jetzt wäre der Moment, um eine Wechselstimmung in parlamentarische Münze umzuwechseln: Ein Gesetzesantrag zur Revision der asozialen Agenda 2010 muss jetzt auf den Tisch des Bundestages. Nicht auf den Wahltag warten! Welche Stimmungen dann herrschen, ist nicht vorhersehbar. Jetzt ist der Moment, die wenigen Vorteile einer parlamentarischen Präsenz für politische Bewegung zu nutzen: In aller Öffentlichkeit, die nur ein Parlament und seine angeschlossenen Lautsprecher bieten, eine soziale Forderung zu stellen, die, siehe Umfrage, tatsächlich die Massen bewegt. Mach was draus, LINKE.

→Rationalgalerie



Buchpräsentation mit Diskussion

Die Macht um acht

15 Minuten Tagesschau

von Uli Gellermann, Friedhelm Klinkhammer und Volker Bräutigam

Moderation: Cornelia Staudacher

28. März 2017, 20:30 Uhr

Buchhändlerkeller

Carmarstraße 1 | 10623 Berlin



Angelika Kurowski über ihre Teilnahme an einem Tablet-Kurs

Kostenlos und nicht umsonst

Schön, dass ich unter den 14 Glücklichen war, die einen Platz beim ersten Tablet-Workshop für ver.di-SeniorInnen Berlin-Brandenburg bekommen haben. Wir wollten die Handhabung und Nutzung eines Tablets erlernen. Das Team der Internetgruppe vom ver.di-Projekt *Silberstreif* übernahm die Leitung des Workshops. Jeder Teilnehmer erhielt ein Tablet zur persönlichen Nutzung. Wir lernbegierigen Teilnehmer hielten die fünf ehrenamtlichen Sachkundigen ziemlich auf Trab. Wegen der unterschiedlichen Vorkenntnisse musste die Hilfestellung überwiegend individuell erfolgen. Im Durchschnitt hatte ein Hilfesteller 2,8 Fragesteller zu betreuen. Das Fehlen eines visualisierten Einstiegs und einer weiteren, einem Seminar ähnlichen Begleitung bedauerten die meisten Teilnehmer im Resümee. Es mangelte einfach an einer technischen Verbindung vom Tablet zum Beamer.

Zu schätzen wussten ausnahmslos alle, dass sie dank ver.di in Kooperation mit der *Stiftung Digitale Chancen* vorübergehend ein Tablet kostenlos ausprobieren konnten. Der im Vergleich zum Smartphone größere Bildschirm erleichterte ungemein das Lesen, Schreiben, Rätseln, Malen Fernsehen,



Fotografieren, sagten einige im abschließenden Gespräch mit Teamleiterin Heidi Smolarz. Sie hatte die Kontakte zur Stiftung geknüpft und hält die Verbindung weiter aufrecht. Toll fanden jene SeniorInnen, die bisher noch kein Smartphone nutzten, dass sie erstmalig die Möglichkeit bekamen, mobil ins Internet zu gehen.

Vier Mal am Mittwoch fanden die Frage- und Übungsveranstaltungen statt. Es folgten vier Wochen ohne Konsultation, in denen die temporären „Tabletbesitzer“ ihre bis dahin erworbenen Kenntnisse ausgiebig anwenden konnten – dann mussten wir leider die Tablets zurückgeben. Ich werde nun weiter das Smartphone nutzen, das ich erst kurz vor Beginn des Lehrgangs erworben hatte, und fleißig üben, denn es ist schließlich ein Tablet in Miniaturformat. Die sechs Wochen, in denen ich mich mit einem Tablet anfreunden durfte, waren zwar kostenlos, jedoch keinesfalls umsonst.

Und nun noch eine gute Nachricht: Zwei Tablets verbleiben bei ver.di und können von den SeniorInnen, zeitlich begrenzt auf jeweils vier Wochen, genutzt werden. Bis zum 14. November 2017 steht den Ausleihern eine kostenlose Internetflatrate zur Verfügung. Die Geräte können zwar auch danach ausgeliehen werden, allerdings sind dann die Gebühren für die Internetnutzung selbst zu tragen. Interessenten können unter senioren.berlin@verdi.de nachfragen.

Wie sich eine linke Zeitung am Markt behauptet

Von Peter Asmussen



An der Zeitung scheiden sich die Geister. Sie wird verachtet oder geschätzt, dazwischen scheint es nichts zu geben. „Absolute ideologische Verbohrtheit“, bescheinigte Jens König, ehemaliger Chefredakteur von *Junge Welt* während der Wendejahre „seiner“ Zeitung 2013 in einem Interview. Für andere ist die Zeitung eine Informationsquelle für ihre politische und/oder gewerkschaftliche Arbeit. Für den Liedermacher Konstantin Wecker ist es „ein unverzichtbares Blatt. Man muss nicht immer der gleichen Meinung sein, aber die *junge Welt* hat eine Meinung, sie ist streitbar. Sie zeigt, dass es noch eine Linke gibt.“

Die *Junge Welt* wurde im Februar 1947 als Zeitung der Jugend in der DDR gegründet und erschien bis 1990 als Zentralorgan der Freien Deutschen Jugend (FDJ). Sie wurde die auflagenstärkste Tageszeitung des Landes mit täglich 1,5 Millionen Exemplaren.

Nach der „Wende“ folgten wirre Jahre mit unterschiedlichen Verlagskonstruktionen und einigen Eigentümerwechseln. Die Auflage sank rapide. Aus den Überlegungen, die Zeitungen *Junge Welt*, *Neues Deutschland* und *Freitag* zur Ostdeutschen Tageszeitung zusammenzulegen, mit Hermann L. Grem-liza, Gregor Gysi und Günter Gaus als Herausgeber, wurde nichts. Im April 1995 machten die Westeigentümer den Laden dicht.

Der Betriebsratsvorsitzende Dietmar Koschmieder gründete mit einem Kollegen den Verlag 8. Mai GmbH, und wenige Tage nach dem verkündeten Aus erschien die Zeitung wieder. Drei Jahre später wurde die Genossenschaft LPG *junge Welt* eG gegründet. Mit 52 Prozent übernahm sie die Mehrheit



Geschäftsführer und ver.di-Mitglied Dietmar Koschmieder

am Stammkapital des Verlags. Sie sei nicht zuständig fürs tägliche Geschäft, erklärt Dietmar Koschmieder, der Geschäftsführer, im Gespräch. Sie finanziere Investitionen und Kampagnen, helfe bei bilanzieller Überschuldung und gewähre Kredite.

Trotzdem hatte sich bis Ende 2015 ein Schuldenberg von 950.000 Euro angesammelt. Eine außerordentliche Vollversammlung der Genossenschaft – sie hat gut 2000 Mitglieder – beschloss ein Sanierungsprogramm. Laut Koschmieder, der heute mit 4,6 Prozent Minderheitsgesellschafter ist, sind die Pläne mit Erfolg realisiert. Das Stammkapital des Verlags wurde auf 286.000 Euro heraufgesetzt und die Schulden durch einen Verzicht der Genossenschaft um 355.000 Euro getilgt. Ihr gehören heute 95,4 Prozent des Stammkapitals der Verlag 8. Mai GmbH. Bisherige Genossenschaftskredite von 500.000 Euro wurden in eine stille Einlage umgewandelt. „Die tägliche Herausgabe muss durch Abonnementgelder bezahlt werden“, so Koschmieder, „es geht nicht anders. Wir schaffen es gerade so, eher knapp zu wenig, mit den Einnahmen, die wir übers normale Geschäft haben. Da haben wir fast kostendeckenden Status. Das Abonnement, ein bisschen Anzeigengeschäft, bisschen Shop und andere Dinge natürlich, aber das Wesentliche sind die Abonnements.“

Der inzwischen auf Süddeutschland, Österreich und die Schweiz ausgedehnte Kioskverkauf (*Querköpfe* berichteten) bringt keine Einnahmen, aber finanziert sich selbst. Der Freiverkauf soll die Zeitung bekannter machen, so der Geschäftsführer, denn daraus ergäben sich häufig Abonnements. Derzeit hat die Zeitung eine stabile Tagesauflage von 20.000 Exemplaren mit stetig leicht steigender Tendenz. Koschmieder: „Das ist völlig atypisch und die Zuwächse sind hart erkämpft. Das muss man wirklich so sagen. Und es ist dermaßen untypisch, dass selbst Springer mittlerweile auf uns aufmerksam wird und nachfragt: ‚Wie schafft ihr das?‘“

„Wir haben es satt!“



Anlässlich der Grünen Woche gingen 18.000 Menschen auf die Straße. Sie demonstrierten für „gesundes Essen, eine bäuerlich-ökologischer Landwirtschaft, artgerechte Tierhaltung und fairen Handel“. Matthias Brümmer, Geschäftsführer der Gewerkschaft Nahrung, Genuss, Gaststätten (NGG) für die Region Oldenburg, sprach bei der Auftaktkundgebung am Potsdamer Platz von unwürdigen Arbeitsbedingungen in der Fleischindustrie. Für „Die Querköpfe“ sprach Peter Asmussen mit dem Kollegen Brümmer

Querköpfe: Klassische Aufgabe der Gewerkschaften ist es, für gute Arbeitsbedingungen und vernünftige Entlohnung ihrer Mitglieder zu sorgen. Wie passt das mit den Forderungen der Demonstration und Kundgebung zusammen, die sich hauptsächlich für die Stärkung von Klein- und Mittelbetrieben stark macht? Eure Mitglieder arbeiten doch hauptsächlich in genau den großen Agrarindustriebetrieben, gegen die hier heute unter dem Motto „Wir haben es satt!“ demonstriert wird.

Matthias Brümmer: Jein! Es geht doch hier eigentlich gegen diese großen Agrarindustriebetriebe, die selbst anbauen und damit die Preise kaputt machen. Wir sind heute als NGG hier – nicht zum ersten, sondern zum zweiten Mal, und reden gegen diese großen Schweinereien, die insbesondere in der Fleischindustrie stattfinden: Die tägliche Ausbeutung von tausenden Kolleginnen und Kollegen für Löhne, die immer noch unter dem Mindestlohn liegen.

QK: Ist die Fleischindustrie vom gesetzlichen Mindestlohn ausgenommen?

MB: Er gilt in der Fleischindustrie, auf dem Papier! Und auf dem Papier findet er auch statt. Als er Gesetz wurde, haben sich die Arbeitgeber plötzlich selber verpflichtet, für mehr Gerechtigkeit zu sorgen. Sie schrieben in ihre Selbstverpflichtung rein „jetzt gilt deutsches Arbeitsrecht!“

QK: Hat das vorher nicht gegolten?

MB: So kann man das verstehen. Sie haben Wildwest gemacht in Deutschland und erst recht haben sie Menschen aus Osteuropa unwürdig behandelt. 50 bis 90 Prozent der Belegschaften sind keine Betriebsangehörige mehr, sondern Leute, die von Sklavenhändlern durch Werkverträge beschäftigt werden. Ihnen wird Unterbringung in Kaserernen angeboten. Dafür sind zehn Euro und mehr die Nacht zu bezahlen, in einem Mehrbettzimmer.

QK: Und wie umgehen die Unternehmen nun den Mindestlohn?

MB: Kolleginnen und Kollegen berichten uns jeden Tag, wirklich jeden Tag von Versuchen der Unternehmen, den Mindestlohn auf jede Art und Weise zu umgehen. Beispielsweise durch Strafgehälter. Im Emsland gibt es einen



Matthias Brümmer spricht für die Gewerkschaft NGG

Schlachthof, der sagt seinen Leuten, „Wenn Du zu stark geschminkt zur Arbeit kommst, kostet Dich das fünfzig Euro Strafe.“ Oder es tauchen dubiose Heimatlandabgaben auf, die niemand nachvollziehen kann. Die Kolleginnen und Kollegen arbeiten teilweise zehn, teilweise zwölf Stunden täglich. Da werden Arbeitszeitkonten geführt, aber Überstunden werden nicht bezahlt. Wir haben die Situation, dass die Kolleginnen und Kollegen teilweise ihre Arbeitskleidung selber bezahlen müssen, dass sie die Reinigung selber bezahlen müssen und sogar ihr Werkzeug am Arbeitsplatz.

QK: Was können die Beschäftigten tun, um ihre Situation zu verbessern?

MB: Leider wehren sich viel zu wenig Kolleginnen

und Kollegen gegen diese Schweinereien. Nur wenige klagen, natürlich mit unserer Unterstützung, vor den Arbeitsgerichten. Sie haben Angst, nicht nur um ihren Arbeitsplatz, sie haben Angst um ihre Existenz.

QK: Das ist ja zu verstehen, aber so kann es doch nicht weitergehen.

MB: Die Bundesregierung ist hier gefragt. Seit 15 Jahren versprechen sie alle, sie wollen das Werkvertragssystem beenden, aber sie machen es nicht. Nur sechs Cent pro Kilo Fleisch kostet es, wenn wir den Kolleginnen und Kollegen vernünftige Tarifverträge und Sozialbedingungen verschaffen. sechs Cent pro Kilo. Ich kenne keinen Verbraucher, der diese minimale Kostensteigerung für faire Bedingungen nicht akzeptieren würde. Da spielt aber der Handel wie EDEKA, REWE, LIDL oder Kaufland nicht mit, weil er in den eigenen Fleischwerken genauso arbeitet. Nach wie vor hat Deutschland für das europäische Ausland sich den Ruf des Billiglohlandes erarbeitet. Mit den rasant wachsenden Exportquoten beherrschen wir Fleischmärkte im Ausland und spielen deren heimische Fleischindustrie an die Wand. Seit Jahren reißen die Beschwerden vor der EU-Kommission nicht ab. Wir leisten uns den perversen Luxus, die Menschen aus Osteuropa zu den miesesten Bedingungen auszubeuten, sie nach Hause zu schicken und das Fleisch für die Märkte gleich mitzuliefern.

kurz&knapp



Die Querköpfe in Klausur: Im Dezember letzten Jahres traf sich die Redaktion, um über einen Relaunch der ver.di-SeniorInnen-Zeitung zu beraten. 2017, im fünften Erscheinungsjahr, soll die Zeitung inhaltlich erweitert und lesbarer gemacht werden. Auf dem Bild von l.n.r.: Woffhard Besser, Angelika Kurowski, Peter Asmussen, Ingrid Kröning (als Vertreterin der Herausgeber), Annemarie Görne und Anna Schendel, es fehlt Kurt Pittelkau.



Arlin Alberty Loforte, stellvertretende Direktorin der kubanischen Tageszeitung *Granma* und Leiterin von *Granma Internacional*, die inzwischen auch mit einer deutscher Ausgabe erscheint, spricht auf der 22. Rosa-Luxemburg-Konferenz in Januar in Berlin: „Kuba steht heute nicht nur vor der Herausforderung, seine Beziehungen zu den USA zu normalisieren, sondern muss auch Gesellschaft und Ökonomie modernisieren, damit Gleichheit und Nachhaltigkeit gestärkt werden können.“



Nach heftigen Protesten konnte die EU-Kommission Glyphosat im Sommer 2016 nicht wie geplant für weitere 15 Jahre wieder zulassen. Auch nach mehreren Versuchen kam unter den EU-Mitgliedstaaten die notwendige Mehrheit nicht zustande. Am Ende wusste sich die EU-Kommission nicht anders zu helfen, als die Entscheidung um 18 Monate zu vertagen. Jetzt überprüft die Europäische Chemikalienagentur (ECHA) das Pflanzengift erneut auf seine Krebsgefahr. Unbestritten ist: Glyphosat trägt maßgeblich zum Artensterben in der Agrarlandschaft bei. Es steht im Verdacht, hormonell wirksam zu sein. Die Krebsagentur der Weltgesundheitsorganisation hat es als „wahrscheinlich krebserregend beim Menschen“ eingestuft. Glyphosat ist in der Landwirtschaft ersetzbar, vor allem durch Pflügen und Grubbern.

→ARD-Fakt →Europäische Bürgerinitiative

Berliner Ostermarsch

Samstag, 15. April 2017

12 Uhr

Kaiser-Wilhelm-Platz

(Schöneberg)



Wir brauchen Frieden und Völkerverständigung!

Gehen Sie deshalb mit uns Ostern auf die Straße!

→Friedenskoordination Berlin

Das letzte zur NPD

Nach dem Urteil des Verfassungsgerichts ist die NPD zu klein, um verboten werden zu müssen. Wenn sie aber groß geworden ist, gibt es auf jeden Fall ein Verbot: nämlich des Bundesverfassungsgerichts durch die NPD.

→EinheitZtext

Termine

FB 8

Mitgliederversammlungen

der SeniorInnen Berlin-
Brandenburg im
Fachbereich Medien,
Kunst und Industrie

27. März**12. Juni****17. Juli****25. September****27. November**

Wir treffen uns im ver.di-Haus, Köpenicker Straße 30,
10179 Berlin (Nähe Ostbahnhof), wenn nicht ausdrücklich
immer in Raum 5.12, um 11:00 Uhr. → ver.di-SeniorInnen

**Rentner
helfen
Rentnern**

**Beratung Wohngeld und SGB XII
Wohngeld und Grundsicherung im Alter
sowie bei Zwangsverrentung**

im ver.di-Haus, Köpenicker Str. 30, 10179 Berlin
Montags bis Donnerstags von 08:00 - 13:00 Uhr

**Nur nach telefonischer Terminvereinbarung
unter der Rufnummer 0 30-88 66 41 03**

Impressum

Redaktionsanschrift: „Die Querköpfe“, ver.di Berlin-Brandenburg, FB 8, Köpenicker
Straße 30, 10179 Berlin. E-Mail der Redaktion: diequerkoeppes@gmx.de

Redaktion: Annemarie Görne, Angelika Kurowski (Korrektur), Anna Schendel, Wolfhard
Besser, Kurt Pittelkau, Peter Asmussen (Koordination, Produktion, Schlussredaktion)

Herausgeber: SeniorInnenvorstand im Fachbereich 8, Medien, Kunst und Industrie im
Landesbezirk Berlin-Brandenburg

V.i.S.d.P.: Andreas Köhn, Fachbereichsleiter FB 8

Die Zeitung wird von SeniorInnen ehrenamtlich hergestellt. Namentlich gekennzeichnete
Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Die Querköpfe Nr. 2/2017 erscheint im Mai 2017

→ Querköpfe-Archiv

MedienGalerie Berlin

Ausstellung nur noch bis 31. März 2017



1968 explodierte das sowjetische Atomkraftwerk in Tschernobyl. 2011 wurde die japanische Atomanlage in Fukushima durch ein Erdbeben und den darauffolgenden Tsunami zerstört und damit zur jüngsten menschlichen und ökologischen Katastrophe. Anlässe genug, um sich mit einem nicht vorstellbaren Atomkrieg, mit Atomenergie, Atompolitik und der nach wie vor weltweit ungelösten Frage der Atommüllendlagerung zu beschäftigen. Ein Dauerbrenner!

MedienGalerie Berlin
Dudenstraße 10, 10965 Berlin
Telefon 0 30-88 66 54 02

Öffnungszeiten:

Mo-Fr 14:00-16:00 Uhr
Di 17:00-19:00 Uhr
Do 14:00-19:00 Uhr

→ MedienGalerie

**Erwerbslose
helfen
Erwerbslosen**

Informationen und Unterstützung für ver.di-Mitglieder

SGB II, SGB III, Hilfe bei Sanktionen . . .

(ohne Voranmeldung, aber unter Umständen mit Wartezeit):

Mittwoch, 16:00-18:00 Uhr: ver.di-Haus, Köpenicker Str. 30, 10179
Berlin, Raum E.20

**SGB II, Überprüfung des Bescheides, Anrechnung von
Einkommen, Umzugsaufforderung, Widersprüche . . .**

Montag und Freitag 14:00-16:00 Uhr: ver.di-MedienGalerie,
Dudenstraße 10, 10965 Berlin

Dienstag, 10:00-13:00 Uhr und Donnerstag, 14:00-17:00 Uhr: KIEZ-
Treff, Mehrower Alle 28-32, 12687 Berlin

Freitag, 14:00-16:00 Uhr: Otawistraße 15, 13351 Berlin